Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage

Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheint regelmäßig Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsträger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einspaltige Grundschriftzeile 25 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahltag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 42 — Freitag, den 19. Februar 1926. — 81. Jahrgang

Tagesschau.

* Im Baugewerbe wurde durch ein zentrales Abkommen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der Friede für das kommende Baujahr gesichert.

* Botschafter von Hoesch hatte am Mittwoch eine ausführliche Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand über die künftige Zusammensetzung des Völkerbundes.

* Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus über die Besprechungen in Rapallo gab Chamberlain eine ausweichende Antwort.

* Im amerikanischen Senat macht sich infolge der Hetzreden Mussolinis eine scharfe Opposition gegen die Ratifizierung des italienischen Schuldenabkommens geltend.

Unter Teilnahme der Türken soll im Frühjahr in Bukarest eine Paktkonferenz der Balkanstaaten stattfinden.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Polnisches Wüten in Oberschlesien.

Vor dem Kriege war es, als von Zeit zu Zeit aus dem unter rein polnischer Verwaltung stehenden Galizien Berichte über die Brutalität galizischer Beamter gegen die Angehörigen der ruthenischen und deutschen Minderheit in die Oeffentlichkeit gelangten. Damals war man gerne geneigt, anzunehmen, daß diese Nachrichten über eine grausame niederträchtige Behandlung wehrloser Lehrer, Bauern und Arbeiter Uebertreibungen darstellten: Das Ganze hatte einen so rein asiatischen, wenig europäischen Anstrich. Heute liegen die Dinge anders. Jenes galizische Polentum, das durch die Gunst der Zeit zu hohen Amtsstellen, vor allem in den mit starken Minderheiten durchsetzten, Polen im Frieden zugesprochenen Gebietsteilen, emporgehoben worden ist, hat die sarmatischen Kulturmethoden aus dem abgelegenen österreichischen Kronland in das Herz Europas vorgetragen. Der Fanatismus des polnischen Volkes erhält durch diese Elemente jene unheimliche Note willkürlicher Grausamkeit, demgegenüber alle Unterdrückungen, denen in der Nachkriegszeit völkische Minderheiten — und wenn man von Minderheiten heute spricht, hat man ja eigentlich nur an Deutsche zu denken — ausgesetzt sind, alle Vergewaltigungen imperialistischer Rigorosität noch um ein Bedeutendes zurückstehen. Gewiß haben die Tschechen in der Tschechoslowakei, die Südslaven in dem ihnen zugefallenen deutschen Anteil Ungarns, der Steiermark und des Kärntnerlandes, ganz besonders auch, — wie wir ja wissen — die Faszisten in Südtirol ein reichliches Schuldkonto aufzuweisen. Aber die systematischen Verfolgungen — wie sie das polnische Schlachzigentum, neu verkörpert in den „Westverbänden" und ihren offenen und geheimen Protektoren, gegen das Deutschtum entfesselt hat, stellen seit den Tagen des Uebergangs deutschen Gebiets an die polnischen Unterdrücker ein nicht zu übertreffendes Höchstmaß blindwütenden Hasses dar. Die letzten Vorfälle in Oberschlesien, jene von der polnischen Polizei, speziell gegen den Deutschen Volksbund, eingeleitete Aktion, bilden in dieser Kette völkerrechtswidriger Maßnahmen ein neues, die Deutschen in dem uns geraubten Gebiet schwer treffendes Stück echt polnischer Unkultur. Begleitet von den Angriffen der polnischen Presse, die ihren Lesern die deutschen Verhaftungen in Oberschlesien als Glanzstück auftischt, möchte sich diese unter den Augen der durch den Genfer Vertrag zuständigen „Gemischten Kommission" abspielende Affäre zu einem europäischen Skandal aus. Die wahren Gründe des gesamten Treibens treten hierbei immer klarer hervor. Die Polen versuchen die Vernichtung der deutschen Verbände und Gewerkschaften vor allem die Zerschlagung des deutschen Volksbundes, jener durch den Genfer Vertrag ausdrücklich legalisierten Organisation mit terroristischen Mitteln zu erzwingen. Das empörende Vorgehen wird am treffendsten dadurch gekennzeichnet, daß die polnische Brutalität bereits ein Todesopfer gefordert hat. Der in seiner Wohnung ohne Angabe von Gründen am letzten Freitag verhaftete 62jährige Berginspektor Lamprecht ist, wie bekannt, am Montag früh in seiner Zelle angeblich tot aufgefunden worden. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß dieser politisch völlig unschuldige, loyale politische Staatsbürger deutscher Nationalität den Märtyrertod für die deutsche Sache gestorben ist. Zwar kann man ja wohl damit rechnen, daß nicht nur die deutschen Vertreter in der gemischten Kommission sich dieser Angelegenheit im Sinne der deutschen Minderheit annehmen werden, sondern daß auch das Reich in Warschau Polen gegenüber eine Sprache führen wird, die des deutschen Volkes würdig ist. Wird aber unsere Regierung endlich sich auch dazu aufraffen, mit entsprechenden drakonischen Gegenmaßnahmen zu antworten? Wird sie unter anderen in Ostpreußen endlich einmal den polnischen Hetzern und Spionen das Handwerk legen? Wir hoffen, daß die Reichsregierung sich dieser Ehrenpflicht nicht entziehen wird.

Drummonds Berliner Besuch.

Ein amtlicher Kommentar.

Berlin, 18. Februar. (Drahtb.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat gestern abend von Berlin die Rückreise unmittelbar nach Genf angetreten. Wie bereits gemeldet, war Sir Eric Drummonds Berliner Besuch in erster Linie ein Akt der Höflichkeit gegenüber dem deutschen Außenminister. Er bot zugleich die gewünschte Gelegenheit, mit den zuständigen Behörden des Auswärtigen Amtes gewisse Fragen zu besprechen, die sich aus dem Antrage Deutschlands auf Beitritt in den Völkerbund in bezug auf das Verfahren und gewisse Verwaltungsangelegenheiten von selbst ergeben. Der Generalsekretär hat seine volle Befriedigung über die Atmosphäre zum Ausdruck gebracht, in der sich der Gedankenaustausch über diese Fragen vollzogen hat. Was das Verfahren anlangt, das für die auf den 8. März einberufene Sondertagung der Völkerbundsversammlung vorgesehen ist, so wird es sich voraussichtlich, wie bei früheren Gelegenheiten, ohne besondere Förmlichkeiten vollziehen. Zuerst wird die Völkerbundsversammlung bei ihrem Zusammentritt am 8. März 3 Uhr nachmittags zur Wahl ihres Präsidenten und zur Bildung ihres Büros schreiten. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden dann zur Vorbereitung der Arbeiten der Völkerbundsversammlung am gleichen Nachmittag zwei Ausschüsse eingesetzt werden, von denen der eine ausschließlich den deutschen Zulassungsantrag, der andere gewisse Budgetfragen behandeln wird. Der zweite Ausschuß wird voraussichtlich auch die Frage zu prüfen haben, an welcher Stelle in Genf das neue Völkerbundshaus errichtet werden soll. Da die Völkerbundsversammlung nur zwei Ausschüsse einsetzen wird, werden die Mitgliederstaaten vermutlich nicht mehr als zwei Hauptdelegierte nach Genf entsenden. Hinsichtlich der Arbeiten der ersten Kommission läßt sich mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß, wie bei früheren Gelegenheiten, ein Unterausschuß eingesetzt werden wird, der in geheimer Sitzung tagen wird. Zweifellos wird Deutschland aufgefordert werden, an den Besprechungen dieses Unterausschusses teilzunehmen. Nach Abschluß dieser Besprechungen wird der Ausschuß der Vollversammlung Bericht erstatten. Bei diesem Verfahren wird die eigentliche Abstimmung der Völkerbundsversammlung über Deutschlands Zulassung, die nach dem Völkerbundsvertrag durch Zweidrittelmehrheit erfolgt, kaum vor dem 10. März stattfinden können. Erst nach dieser Abstimmung kann der Völkerbundsrat zur Beratung über die Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland schreiten. Dieser Beschluß muß bekanntlich einstimmig gefaßt und dann der Völkerbundsversammlung vorgelegt werden, die mit einfacher Mehrheit darüber entscheidet. Sobald Deutschland zum Völkerbund zugelassen ist, ist es berechtigt, an der zweiten Kommission für Budgetfragen sofort teilzunehmen. Auch die Frage der Ernennung deutscher Mitglieder beim Völkerbundssekretariat ist während der Besprechungen, die Sir Drummond mit dem Auswärtigen Amte gepflogen hat, erörtert worden. Der Generalsekretär hat dabei im Einzelnen das übliche Verfahren bei diesen Ernennungen dargelegt. Die allgemeine Formel für die Ernennung dieser internationalen Beamten besagt, daß ihre Auswahl seitens des Generalsekretärs zu erfolgen hat, aber von der Zustimmung des Völkerbundsrates abhängig bleibt. Selbstverständlich würde der Generalsekretär dem Völkerbundsrat keine Kandidaten vorschlagen, gegen die die Regierung des Staates, dem sie angehören, ernstliche Einwendungen erheben könnte. Dabei ist nicht zu vergessen, daß bei den mit diesen Ernennungen zusammenhängenden Budgetfragen die Völkerbundsversammlung das letzte Wort zu sagen hat. Indessen ist es in Völkerbundskreisen immer für selbstverständlich gehalten worden, daß Deutschland in dieser Frage als Großmacht behandelt werden muß.

Botschafter von Hoesch bei Briand.

Paris, 17. Fbr. (Drahtb.) Botschafter von Hoesch hat seine Abreise nach Wien verschoben, um noch heute mit Briand über wichtige politische Fragen zu verhandeln. In der heutigen Unterredung wurde eingehend die Frage der künftigen Zusammensetzung des Völkerbundsrates erörtert. Die französische Presse knüpft an den Besuch des deutschen Botschafters bei Briand ausführliche Betrachtungen.

Eine amtliche französische Erklärung.

Paris, 18. Febr. (Drahtb.) Zu dem Schritt, den der deutsche Botschafter am Mittwoch vormittag am Quai d'Orsay unternommen hat, wird von französischer Seite folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Herr von Hoesch gab in seiner Unterredung mit Briand eine ausführliche Begründung des deutschen Standpunktes in der geplanten Zusammensetzung des Völkerbundsrates und wies besonders auf die Befürchtungen der Reichsregierung hin. Ein deutscher Schritt in dieser Angelegenheit wurde bei sämtlichen alliierten Mächten unternommen. Auf französischer Seite ist man der Ansicht, daß allein der Völkerbundsrat in der Frage der Verteilung seiner Sitze zuständig ist und die Reichsregierung daher am besten tun würde, sich direkt an den Völkerbundsrat zu wenden.

Chamberlain über die Besprechung mit Mussolini.

London, 18. Febr. (Drahtb.) Im Unterhause wurde am Mittwoch Chamberlain gefragt, ob er in Rapallo Mussolini gegenüber irgendwelche Verpflichtungen eingegangen sei. Darauf erwiderte der Außenminister, daß es wohl nicht im öffentlichen Interesse läge, alle Einzelheiten der Besprechungen mit Mussolini mitzuteilen. Er könne aber versichern, daß er in Rapallo keinerlei Verpflichtungen eingegangen und daß beiderseits keine Bedingungen gestellt worden seien. Auf eine weitere Anfrage erklärte Chamberlain, daß die englische Regierung von der Sowjetunion noch keine Vorschläge über die Eigentumsentschädigung britischer Staatsangehöriger in Rußland erhalten habe.

Gegen die Ratifizierung des italienischen Schuldenabkommens

Scharfe Opposition im amerikanischen Senat.

New York, 18. Febr. (Drahtb.) Die Opposition der republikanischen Partei gegen das italienische Schuldenabkommen wird ständig größer. Die republikanischen Senatoren werden daher im Senat die Zurückstellung der Ratifizierung der Schuldenabkommen mit Italien, Belgien, der Tschechoslowakei und den Randstaaten beantragen. Die Opposition gegen das italienische Abkommen ist in der Hauptsache auf Mussolinis Kriegsreden zurückzuführen. In Senatskreisen wird erklärt, daß Amerika keinen Anlaß habe, die faschistische Regierung durch die Ratifizierung des Schuldenabkommens zu unterstützen. Man erblickt in dem Abkommen mit Italien eine Streichung des größten Teiles der italienischen Schulden an Amerika.

Eine österreichische Erklärung über Südtirol.

Die Maßlosigkeiten der bekannten Hetzrede Mussolinis gaben nun auch dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Ramek Gelegenheit, im Hauptausschuß des österreichischen Nationalrats über die Angriffe des italienischen Ministerpräsidenten und die Südtiroler Frage eine hochbedeutsame Erklärung abzugeben. Auch er verstand es, in vornehmer Sachlichkeit, den Ausfällen Mussolinis und der faschistischen Presse an der Hand einer überzeugenden Tatsachendarstellung zu begegnen. Die Brutalisierung der Südtiroler und die in den österreichischen Ländern, besonders in Tirol, hierdurch hervorgerufene Erregung sind von dem österreichischen Bundeskanzler in einer so ruhigen objektiven Weise geschildert worden, daß Herr Mussolini sich wohl hierauf einer Entgegnung enthalten wird. Die von dem Bundeskanzler erhoffte Beruhigung der österreichischen Oeffentlichkeit wird allerdings, wie Dr. Ramek nachdrücklichst betonte, nur dann wirklich Aussicht haben, sich durchzusetzen, wenn auch in der gesamten faschistischen Hierarchie und Presse ein ruhiger und leidenschaftsloserer Ton Platz greift, als dies eben in den letzten Monaten der Fall war. Eigentümlich berührt es, aus den Erklärungen des österreichischen Bundeskanzlers zu erfahren, daß Mussolini dem österreichischen Gesandten in Rom gelegentlich der ersten Unterredung nach der bekannten Kammererklärung über das „Vortragen der Trikolore jenseits des Brenners" ausdrücklich mitgeteilt hat, daß er der Bundesregierung durch diesen Passus davon habe Kenntnis geben wollen, daß er den Anschluß Oesterreichs an Deutschland niemals dulden werde. Diese Einstellung Mussolinis gegenüber der deutsch-österreichischen Anschlußbewegung war ja an sich hinreichend bekannt. Sie wird aber letzten Endes an dem Verlauf eines weltgeschichtlichen Geschehens auch nichts zu ändern vermögen. Wenn einmal das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Welt seine wirkliche Anerkennung findet, wird diese Forderung nationaler Gerechtigkeit erfüllt werden — selbst ohne und gegen den Willen der Italiener.

Rücktritt des italienischen Botschafters in Berlin.

Berlin, 18. Februar. (Drahtb.) Wie die Tägliche Rundschau hört, dürfte der italienische Botschafter Graf Bosdari seinen Posten demnächst aufgeben. Graf Bosdari